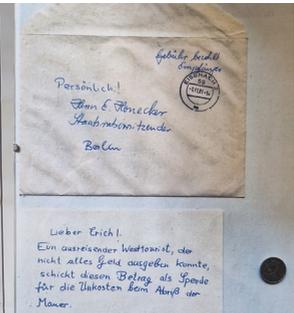


Archivkurs des Jahres 2023

Archivalische Zeugnisse für den
Volksaufstand in der DDR 1953



Universität Regensburg
**FAKULTÄT FÜR PHILOSOPHIE,
KUNST-, GESCHICHTS- UND
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN**



Archivkurs des Jahres 2023

Archivalische Zeugnisse für den Volksaufstand in der DDR 1953

herausgegeben von
Martina Köglmeier und Roman Smolorz

Mit Beiträgen der teilnehmenden Studierenden

**UNIVERSITÄT REGENSBURG
FAKULTÄT FÜR PHILOSOPHIE,
KUNST-, GESCHICHTS- UND
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
LEHRSTUHL FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE**

Regensburg 2023

Vorwort

Zum 70. Mal jährt sich in diesem Jahr der Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953. Die Bedeutung der damaligen Ereignisse über die deutschen Grenzen hinaus darf nicht unterschätzt werden – waren sie doch der erste Versuch einer offenen Rebellion gegen ein politisches System im „Ostblock“, es folgten 1956 Aufstände in Ungarn und Polen, 1968 in der Tschechoslowakei sowie 1980 erneut in Polen. Manch unbekanntes kleines Aufbegehren gegen die kommunistische Diktatur kann nur durch Studium der Fachliteratur und Archivquellen erschlossen werden.

Während sich die „Bundeszentrale für politische Bildung“ in ihrem Online-Angebot zum 17. Juni 1953 auf den Historiker und Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte in Heidelberg, Edgar Wolfrum, bezieht, der die Einbettung des Volksaufstandes in einen europäischen Kontext anregt, erklärt die „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ Proteste und Aufstände gegen autoritäre Herrschaft und Diktaturen in den Satelliten der Sowjetunion sowie in der UdSSR selbst sogar zum Förderschwerpunkt der Jahre 2023 und 2024. Ein klares Indiz dafür, wie wichtig die Ereignisse in der DDR des Frühsommers 1953 waren.

Diese nationale und internationale Bedeutung bewog die Veranstalter des Archivkurses, der alljährlich vom Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Regensburg angeboten wird, dazu, diesen Kurs 2023 erneut durchzuführen und im Rahmen des Themas „Archivalische Zeugnisse für den Volksaufstand in der DDR 1953“ anwendungsorientierte Wissenschaftspraxis mit universitärer Lehre zu verbinden.

Auf der dreitägigen Exkursion nach Thüringen setzten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowohl mit dem Volksaufstand als auch mit Archivkunde

auseinander.

Im Deutsch-Deutschen Museum Mödlareuth, in den Gedenkstätten „Andreasstraße“ in Erfurt und „Point Alpha“ in Geisa sowie auf der Wartburg in Eisenach beschäftigten sie sich mit der zweiten deutschen Diktatur und der kollektiven Erinnerung daran. Rege wurde mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der besuchten Institutionen, mit den das Seminar begleitenden Dozenten und auch untereinander das eigens erlernte theoretische Wissen, besonders im Fach „Public History“ mit der Praxis historischer und politischer Bildungsarbeit diskutiert.

Im Bundesarchiv Erfurt und den Stadtarchiven in Eisenach und in Regensburg lernten die Studentinnen und Studenten juristische Grundlagen der Archivierung, Strukturen archivalischer Ablagen, ehemalige und moderne Hilfsmittel bei Recherchen sowie den Dienstleistungscharakter einer wissenschaftlichen Institution kennen, alles in allem also den Alltag des Berufs „Archivarin“ bzw. „Archivar“.

Die Organisatoren der Exkursion und die teilnehmenden Studentinnen und Studenten danken der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin und dem Stadtarchiv Regensburg für die großzügige finanzielle und tatkräftige Unterstützung bei der Vorbereitung und Abwicklung des Archivkurses 2023. Dank gilt ebenfalls Herrn Professor Dr. Mark Spoerer und Frau Roswitha Geiger für die gute Kooperation und die reibungslose Abwicklung administrativer Angelegenheiten zwischen dem zuständigen Lehrstuhl, den Förderern und den besuchten Einrichtungen in Bayern und Thüringen.

Zuletzt gilt unser besonderer Dank allen Institutionen, die wir besucht haben, für ihre kompetente Unterstützung und ihre Gastfreundlichkeit.

Im Juli 2023,
Martina Köglmeier und Roman Smolorz

Inhalt

VORWORT

Vinzenz Danzl, Maria Hämmerl

Die Gedenkstätte Mödlareuth.....5

Jana Vinga Martins, Michael Zimmermann

Stasi-Unterlagen-Archiv Außenstelle Erfurt.....9

Lara Berge, Michael Fiedler

Die Gedenkstätte Andreasstraße.....14

Sebastian Martini, Magnus Kallfaß

„Point Alpha“ – ein Ort der europäischen Geschichte.....18

Sarah Saß, Tobias Zimlong

Das Stadtarchiv Eisenach.....22

Lara Berge, Vinzenz-Luis Danzl

Die Archive und ihre Findmittel.....26

Jana Vinga Martins, Michael Zimmermann

Die rechtlichen Grundlagen zur Nutzung von Stasi-Unterlagen.....31

Michael Fiedler; Sebastian Martini

Der Stellenwert des Themas „Volksaufstand in der DDR 1953“ in den Ausstellungen der deutschen Grenz Museen des einstigen Eisernen Vorhangs.....35

Martina Köglmeier

Die Wartburg - kultureller Ausklang der Archivkurs-Fahrt.....39

Die Gedenkstätte Mödlareuth

Vinzenz Danzl, Maria Hämmerl

Die Teilung des Dorfes Mödlareuth, dessen beide Hälften heute in Thüringen und Bayern liegen, geht bis in die Frühe Neuzeit zurück. Als im Vertrag von Gefell 1524 die Räte des Markgraftums Brandenburg-Kulmbach mit dem Kurfürsten von Sachsen eine Grenzberichtigung beschlossen, wurde der Tannbach, welcher mitten durch das Dorf fließt, zur Grenze. Am 30. Juni 1810 wurden Grenzsteine aufgestellt, die die Grenze des Königreichs Bayern und des Fürstentums Reuß markierten. Nach dem Ersten Weltkrieg trennte der Tannbach den Freistaat Bayern und das Land Thüringen, als Territorialgrenze

fungierte er in der Weimarer Republik jedoch nur als Verwaltungsgrenze. Als 1922 beim Bau einer grenzüberschreitenden Straße Probleme bei der Finanzierung aufkamen, diskutierten die Bürgermeister bzw. Verwaltungsbezirke von Hof und Schleiz über eine Vereinigung beider Ortsteile.

Die Bürgerinnen und Bürger Ost-Mödlareuths lehnten eine Zugehörigkeit zu Bayern kategorisch ab; die West-Mödlareuther lehnten ihrerseits eine Zugehörigkeit zu Thüringen ab, womit der Status Quo beibehalten wurde. Trotz Verwaltungsgrenze ergaben sich im Alltag der Mödlareuther einige inte-

grative Besonderheiten. So gab es von 1851 bis in die 1930er Jahre eine gemeinsame Schule, in der sich die Lehrer beim Unterricht abwechselten. Die Dorfkirche und das Wirtshaus wurden ebenfalls gemeinsam genutzt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, der Gründung beider deutscher Staaten und der nach innen gerichteten Abriegelungsverordnung der DDR vom 26. Mai 1952 manifestierte sich der Bach als Grenze zwischen den zwei unterschiedlichen politischen Systemen der BRD als westlicher Demokratie und der DDR als realsozialistischem Land.

Mit der Aktion „Ungeziefer“ 1952 wurden die Bewohnerinnen und Bewohner entlang der einstigen innerdeutschen Demarkationslinie zwangsumgesiedelt; ebenfalls im Sommer 1952 wurde die völlige Trennung durch einen Holzbretterzaun eingläutet. Im Zuge

der Grenzsicherung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) wurden einige Grenzdörfer abgerissen, in Mödlareuth fand diese sogenannte „Schleifung“ nur bei einigen Gebäuden statt.

Die Sperranlagen Mödlareuths wurden 1958 mit der Errichtung von Holzpfählen und Stacheldraht nochmals verstärkt; weitere Verbesserungen folgten und mündeten 1966 in einer 700 Meter langen, 3,3 Meter hohen Betonmauer. Die Trennung der beiden Ortsteile führte zum Abbruch der familiären, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verbindungen. Die nächstgelegenen Grenzübergänge in Hof und Plauen bedeuteten eine mehrstündige Fahrt, um die Verwandten in ein und demselben Dorf zu besuchen.

Das grenznahe Alltagsleben der DDR-Bürgerinnen und Bürger wurde zusätzlich durch



Mitarbeiter Gerhard Fiedler begann die Führung durch das Deutsch-Deutsche Museum mit einer Präsentation



Außengelände des Museums Mödlareuth - authentischer Erinnerungsort an die deutsch-deutsche Geschichte

Passierscheine und andere Repressalien beeinträchtigt. Die einzige erfolgreiche Flucht aus Ost-Mödlareuth erfolgte 1973. Der Besuch des US-Vizepräsidenten George H. W. Bush in West-Mödlareuth führte 1983 zu seinem Zitat „Little Berlin“, denn es gab nur einige Ortschaften an der innerdeutschen Grenze, die wie Berlin durch eine Mauer geteilt waren.

Im Prozess der Wiedervereinigung und der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 erfolgten auch in Mödlareuth Proteste, sodass einen Monat später der Grenzübergang Mödlareuth geöffnet wurde. Der Großteil der Mauer wurde im Rahmen des Gedenktages am 17. Juni 1990, des Tages der Deutschen Einheit, abgerissen. Ein Mauerteil wurde erhalten.

Nach der Wende entstand in Mödlareuth

die Idee, neben dem erhaltenen Abschnitt der Mauer und dem Beobachtungsturm vom Typ BT-11 weitere Grenzsicherungsanlagen, auch aus anderen Landesteilen der ehemaligen DDR, in einem Freilichtmuseum auszustellen. Bereits 1990 wurde der „Verein Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth e.V.“ gegründet. 1995 wurde das Museum in die Gedenkstättenkonzeption der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen, die nach der Wende auf Stätten zur Erinnerung an die Opfer der SED-Diktatur ausgeweitet wurde.

Der Träger des Museums ist seit 2005 der „Zweckverband Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth“. Das Museum erstreckt sich heute auf beide Ortsteile: Im bayerischen Teil befindet sich das Hauptgebäude mit musealer Infrastruktur, wo neben Film- und Vor-

tragsräumen und einem Ausstellungsraum auch Archiv, Bibliothek und Depots, darunter auch das für Besucherinnen und Besucher zugängliche Fahrzeugdepot untergebracht sind. Im thüringischen Teil jenseits des Tannbachs befindet sich das Freilichtmuseum mit den befestigten Grenzsicherungsanlagen.

Bei einem Gruppenbesuch im Museum gemeinsam mit einem Guide kann zunächst ein Vorstellungsfilm angesehen werden, im Anschluss erfolgt die Begehung des Freilichtmuseums, welches aktuell um einen weiteren Abschnitt ergänzt wird.

Die ortsansässigen Guides können den Besucherinnen und Besuchern ein authentisches Bild der Teilung und der damit zusammenhängenden Stimmung und Mentalität der Dorfbewohnerinnen und -bewohner vermitteln. Über dreißig Jahre nach dem Mauer-

fall können an einem für die Geschichte der innerdeutschen Grenze so bedeutenden Ort wie Mödlareuth wichtige Abschnitte jener Grenze sowie ihr Aufbau und ihre Funktionsfähigkeit, besichtigt werden.

Mödlareuth stellt die einzige Gedenkstätte der deutschen Teilung und der Auswirkungen des Kalten Krieges in Bayern dar. Es wird dort verdeutlicht, dass die innerdeutsche Grenze – die für viele nicht mehr ist, als ein Faktum der Vergangenheit – keinesfalls statisch war, sondern geprägt ist durch Jahrzehnte der Veränderung und der Trennung, von der anfänglichen Demarkationslinie zum später verstärkten sogenannten „antifaschistischen Schutzwall“ sowie dem westdeutschen „Zonenrandgebiet“.



Die ehemals bundesdeutsche Seite des Erinnerungsortes Mödlareuth

Erinnerungen an die ehemalige innerdeutsche Grenze

Stasi-Unterlagen-Archiv Außenstelle Erfurt

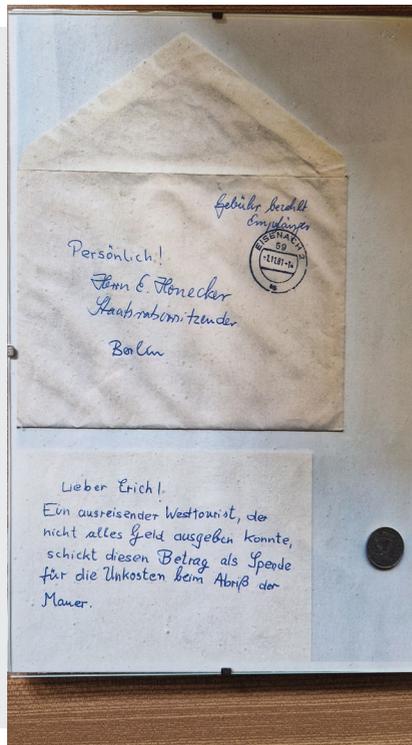
Jana Vinga Martins, Michael Zimmermann

Im Dezember 1989 stieg schwarzer Rauch aus den Schornsteinen der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der Andreasstraße auf, obwohl jeder in Erfurt wusste, dass das MfS über eine Gasheizung verfügte. Schnell stand der Verdacht fest: Das MfS verbrennt Akten. Am 4. Dezember 1989 – fast einen Monat nach dem Mauerfall – besetzten Bürger der Stadt Erfurt auf Initiative von fünf Frauen friedlich und mit Wissen des Bürgermeisters sowie der Staatsanwaltschaft die Stasizentrale und stellten die Akten des MfS sicher.

Diese erste Besetzung auf dem Gebiet der DDR gab Anstoß für weitere in den Bezirkshauptstädten der DDR und insbesondere in

der Berliner Zentrale in der Karl-Liebknecht-Straße am 15. Januar 1990.

Die sichergestellten Akten bilden seit der Auflösung des MfS 1990 den Bestand des Stasi-Unterlagen-Archivs. Mit Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes 1991 ist es das Recht eines jeden Bürgers, kostenlos Auskunft über die vom MfS über die eigene Person gesammelten Informationen zu erhalten, wohingegen ehemalige Mitarbeiter des MfS für die Akteneinsicht eine Gebühr entrichten müssen. Durch diesen Schritt war die Bundesrepublik Deutschland das erste Land, das vollumfänglich Unterlagen eines Inlandgeheimdienstes für Betroffene und zur Forschung zugänglich machte.



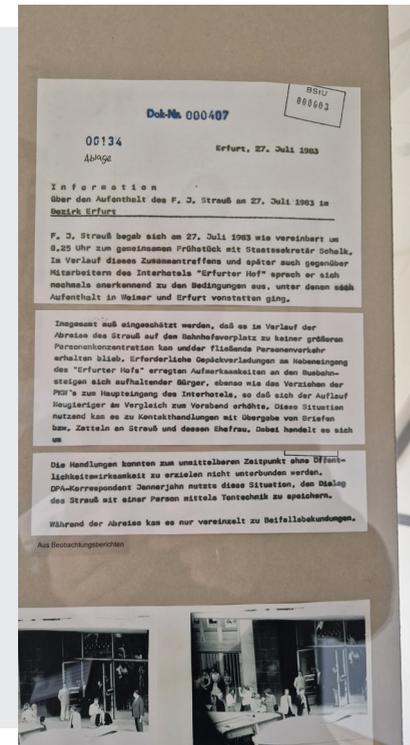
Archivmanager Thilo Günther führt durch das Stasi-Unterlagen-Archiv Außenstelle Erfurt

Das heutige Stasi-Unterlagen-Archiv, welches 2021 vom Bundesbeauftragten für Stasiunterlagen ins Bundesarchiv überführt wurde, umfasst 112 Kilometer Akten, davon 4,5 Kilometer in Erfurt, 2900 Filme und 23.000 Tondokumente. Obwohl die Bestände des Stasi-Unterlagen-Archivs geschlossen sind, was heißt, dass der Gesamtbestand nicht weiter anwächst, ist die Erschließung trotzdem noch nicht abgeschlossen.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv arbeitet nur auf Auftrag, dies bedeutet, wer Einsicht in die eigene Akte, die Akte eines nahen verstorbenen Verwandten oder zu Forschungszwecken nehmen möchte, muss einen Antrag auf Akteneinsicht stellen. Sowohl Antragstellung als auch Akteneinsicht sind in der Hauptzentrale in Berlin sowie den Außenstellen in den ehemaligen Bezirkshauptstädten der DDR möglich, nur Potsdam und Cottbus besitzen keine Außenstelle des Archivs.

Bei Antragstellung, Bearbeitung und Akteneinsicht in Erfurt werden Antragsteller durch die 45 Mitarbeiter der Außenstelle unter Leitung von Alrun Tauché unterstützt. Insgesamt umfasst das Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv 1242 Mitarbeiter, verteilt auf die Außenstellen und Hauptzentrale.

Nach Eingang eines Antrags beginnt die Arbeit der Abteilung Archiv und Erschließung, in Erfurt unter Leitung Thilo Günthers. Entgegen populären Vorstellungen kann dazu der Mitarbeiter nicht den Namen des Antragstellers in eine Datenbank eingeben, um so in wenigen Minuten herauszufinden, ob eine Akte zur anfragenden bzw. angefragten Person existiert. Auch im Zeitalter der Digitalisierung erfolgt ein Großteil der Recherche im Archiv analog. Die Stasi als Behörde hat ihre Arbeit akribisch verwaltet und damit auch im eigenen Archiv abgelegt



Bürgerinnen und Bürger sicherten das Schriftgut der der Erfurter Stasi-Zentrale, was ihnen nicht in allen Fällen rechtzeitig gelang. Geschedderte Unterlagen müssen bis heute mühsam rekonstruiert werden.



dokumentiert, daher wird heute zur Recherche das originäre Karteikartensystem der Stasi weiterhin verwendet.

Die wichtigsten Findmittel stellen die „Zentrale Vorgangskartei F22“ sowie die Personenkartei „F16“ dar. F22 nutzte die Stasi zur Dokumentation eines Vorgangs. Hier finden sich Registriernummer, Deckname der betreffenden Person, zuständige Diensteinheit und MfS-Mitarbeiter, sowie bei einem durch das MfS abgeschlossenen Vorgang, eine Archivsignatur des MfS.

Die Kartei gibt somit Auskunft zur Art des Vorgangs, und ob jemand von der Stasi überwacht wurde oder inoffizieller bzw. hauptamtlicher Mitarbeiter war. Jedoch gibt die Kartei keine Auskunft über den Namen der betroffenen Person. Erst durch das Hinzuziehen von F16 (Personenkartei) ist eine eindeutige Zuordnung möglich.

Die Personenkartei der Stasi ist die zentrale Datenbank aller Bürgerinnen und Bürger, die von operativen Einheiten erfasst wurden. Dies sind die Personen, über die wahrscheinlich eine Akte existiert. F16 enthält beispielsweise Namen, Geburtsort und -datum, Personenkennzahl, Arbeitsstelle, Erfassungsdatum, zuständige Einheit des MfS, sowie die Registriernummer. Über letztere kann die Verbindung zur Vorgangskartei F22 hergestellt werden.

Durch die Kombination dieser zwei Karteien ist es den Archivarinnen und Archivaren des Bundesarchivs möglich, die Akte der entsprechenden Person im Archivgut zu finden. Als sei dies nicht umständlich genug, wird die Suche weiter durch ein phonetisches Ablagesystem der Personenkartei F16 erschwert. In Erfurt sind ca. 1,1 Millionen Personen erfasst.

Aufgrund dieses aufwendigen Rechercheprozesses dauert die Bearbeitung von Rechercheanfragen für Privatpersonen ca. einhalb Jahre. 2022 machten 29.000 Personen von ihrem Antragsrecht Gebrauch wobei ein Drittel der Anträge Wiederholungsanträge waren. Ein Wiederholungsantrag kann sich lohnen, da neben der Zuordnung der Karteien zu Personen auch permanent eine thematische Erschließung der Akten stattfindet; in Erfurt sind bisher ca. 50% des Bestands tiefenerschlossen. Informationen zur eigenen Person können auch in Akten anderer Personen oder anderen Vorgängen enthalten sein. Die Auszüge werden der anfragenden bzw. betroffenen Person neben der eigenen Akte zur Verfügung gestellt. Außerdem ist die inhaltliche Erschließung der Akten nach Sachbezügen besonders für die historische Forschung von Interesse.

Die Ergebnisse von angemeldeten Recherchen werden dem Antragsteller entweder vor Ort zur Einsicht vorgelegt oder je nach Umfang der Unterlagen digital bereitgestellt oder auch in Kopie per Post zugesandt. Schwärzungen in der eigenen Akte zur Wahrung von Persönlichkeitsrechten dritter sind gesetzliche Pflicht.

Neben der Erschließung und Bereitstellung der Bestände ist die Rekonstruktion von durch das MfS zerstörten Akten ein wichtiges Aufgabenfeld des Archivs. Hierzu kommen sowohl analoge als auch digitale Techniken zum Einsatz.

Das Bundesarchiv, die Stasi-Unterlagen-Archivabteilung, trägt mit seiner Arbeit bis heute maßgeblich zur Aufarbeitung der Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland und ihres komplexen Unrechtregimes in der DDR bei.



Seminarraum des Bundesarchivs Erfurt mit ausgelegten Beispielen aus dem Archivgut



Museale Sammlungsobjekte ergänzen das schriftliche Archivgut



Die Gedenkstätte Andreasstraße

Lara Berge, Michael Fiedler

Während der SED-Diktatur war es in Erfurt allgemein bekannt, dass „die Andreasstraße die längste der ganzen Stadt ist, denn wer da reinkommt, kommt nicht mehr raus“. Denn die Andreasstraße diente während der DDR als Untersuchungshaftanstalt, in der zwischen 5000 und 6000 Häftlinge ihre Strafe absaßen. Geleitet wurde die Haftanstalt sowohl von der Volkspolizei als auch vom Ministerium für Staatssicherheit; die Behörden teilten sich die Stockwerke untereinander.

Nachdem die Haftanstalt im Zuge der friedlichen Revolution 1989 von den Bürger

Erfurts besetzt worden war, wandelte sich die Bedeutung dieser Stätte von einem Ort der Unterdrückung in einen Ort der Befreiung. Diese Doppeldeutigkeit versucht die heutige Andreasstraße aufzugreifen, die seit 2012 als Gedenk- und Erinnerungsstätte fungiert. Dies symbolisiert auch der Name der Dauerausstellung „Haft, Diktatur und Revolution“, die dem Archivkurs während der Museumsführung von Frau Lina Kornmüller näher gebracht wurde.

Die Erinnerungsstätte gliedert sich in drei Etagen. Im ersten Stock befindet sich die „Diktaturetage“, welche den Besucher die

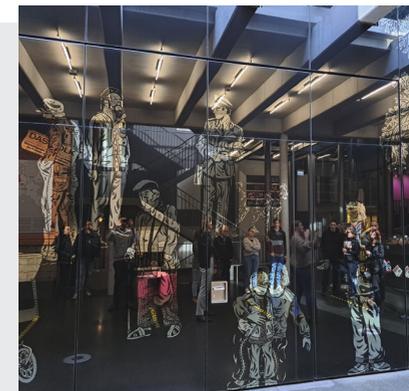
alltäglichen Methoden zur Beschattung und Unterdrückung von politischen Dissidenten im Bezirk Erfurt aufzeigt. Der zweite Stock beschäftigt sich unter dem Aspekt „Haft“ mit Haftgründen, Haftalltag sowie Haftregime, der durch original erhaltene Haftzellen greifbar wird. Mit der letzten Etage findet die Dauerausstellung einen Abschluss und greift die Überwindung der SED-Diktatur auf.

Nun soll zunächst einmal die Diktaturetage näher beleuchtet werden. Im zugehörigen Einführungsraum werden die Staatsorgane der DDR erklärt, wie beispielsweise die uniformierten Dienste (NVA, Kampfgruppen der Arbeiterklasse), die Jugendmassenorganisationen (allen voran die FDJ) oder die Blockparteien der nationalen Front. Der hohe Grad an Kontrolle durch die SED über alle Organe wird durch die Raumgestaltung

betont, welche an eine Mindmap angelehnt ist.

Die Partei als Subjekt der Ausstellung befindet sich in der Mitte des Raumes und thront über allen anderen Institutionen, die so zu Attributen der Macht reduziert werden. Das Kontrollnetzwerk gleicht optisch dem Netz einer Spinne, deren Beine zum restlichen Staatsapparat führen. Der Kreis der SED ist hierbei bei weitem am größten und demonstriert die Ungleichheit der Machtverhältnisse.

Eine besondere Bedeutung hatten die Sicherheitsorgane, allen voran die Staatssicherheit der SED, abgekürzt die Stasi. Deren Arbeitsmethoden wurden an örtliche Struktur angelehnt in den restlichen Räumen der Etage beleuchtet. Beispielsweise finden sich unter den Ausstellungsstücken Geruchspro-



Die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße erinnert an Unterdrückung und Widerstand während der SED-Diktatur

Mit vielfältigen Methoden wird den Besuchern die Geschichte der ehemaligen DDR nahegebracht

ben von Republikflüchtlingen und sonstigen vermeintlichen Staatsfeinden, also gesammeltes biologisches Beweismaterial.

Nach dem Volksaufstand vom 17. Juni wurde auch der Sicherheitsapparat ausgebaut, um künftig eine derartige Auflehnung gegen das Regime schon im Keim zu ersticken. Folglich ist es verwunderlich, dass in der Aufstellung nicht darauf eingegangen wird, inwieweit sich die Methoden der Stasi nach 1953 wandelten.

Die Staatssicherheit hatte nämlich nach dem Aufstand erheblich größere personelle Ressourcen als davor. Während für die Organisation bei ihrer Gründung 1950 3000 hauptamtliche Mitarbeiter tätig waren, vervielfachte sich diese Zahl laut Jens Gieseke auf 16.000 bis 1956. Auch die IMs verzeichneten Helmut Müller-Enbergs zufolge im Zuge des 17. Juni ein exponentielles Wachstum.

Wenn die repressiven Instrumente und

Verfahren, die von der Stasi kollektiv Zersetzung genannt wurden, nicht fruchteten, fanden sich die Beschuldigten in der obersten Etage wieder. Diese wird als „Haft“ titulierte und ist im Wesentlichen noch originalgetreu erhalten. Der Boden des Vorrums zur Etage „Haft“ ist in zweifarbig lackierte Flächen eingeteilt. Die näher am Besuchenden gelegene Fläche zierte der Name eines Häftlings, welcher auf der entfernteren Fläche durch eine Kennnummer ersetzt wird – eine Form der Dehumanisierung, die bereits in der NS-Diktatur zu finden war. Der Übergang der Farbflächen symbolisiert gleichsam den Übergang eines Individuums zu einem namenlosen Insassen. Ebenso soll der ausgeprägte Kontrast zwischen der hellen und dunklen Fläche die Willkür des Regimes allegorisieren, welches einen jederzeit aus seinem sozialen Netz und der bisherigen Lebenssituation herausreißen konnte.

Die original erhaltenen Haftzellen, welche einsehbar und begehbar sind, bilden den Hauptfokus der Gedenkstätte. Eine dieser Haftzellen ist mit Audiostationen und Schriftquellen aus dem Stasi-Archiv in Erfurt ausgestattet. Hierdurch wurden den Teilnehmenden die individuellen Schicksale ausgewählter politischer Gefangener nähergebracht.

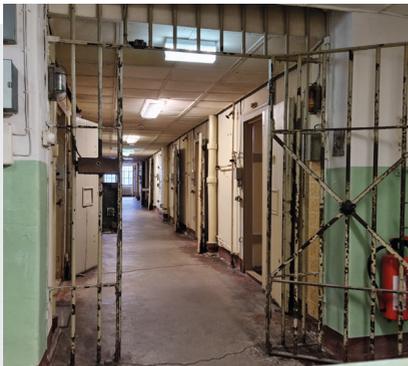
Exemplarisch wäre da der Fall der Studentin Gabriele Stötzer, welche wegen Staatsverleumdung zu einer 15-monatigen Haftstrafe verurteilt wurde. Dieser personifizierte Einblick in die Haftbedingungen sollte die Willkür des Staates veranschaulichen. Im Folgenden soll exemplarisch der „Rechtsweg“ zur „längsten Straße Erfurts“ dargestellt werden.

Wenngleich der Weg zurück in die Freiheit wie oben erwähnt langwierig war, war der Weg in die Untersuchungshaft deutlich kür-

zer. Die Leiterin der Führung äußerte, dass die Betroffenen unter dem Vorwand, Angaben zu einem beispielsweise Verkehrsunfall abzugeben, auf die Polizeistation geschickt wurden. Häufig hieß es lediglich „Kommen Sie zur Klärung eines Sachverhalts“.

Anschließend brachte man die ins Auge gefassten Personen direkt von der VP-Inspektion zur Andreasstraße. Dort verblieben sie dann auch vier bis sechs Monate. Durch die Monotonie des Haftalltags gepaart mit der Unmöglichkeit einer Beschäftigung nachzugehen – Häftlingsarbeit fand erst in den endgültigen Haftanstalten statt – brach man den Widerstandswillen der Häftlinge.

In der Andreasstraße waren aber nicht nur politische Gefangene untergebracht, denn die Volkspolizei hielt in ihrer Etage auch gewöhnliche Kriminelle zur Untersuchung fest. Leider wurde in der Ausstellung nicht thematisiert, wie sich das Verhältnis dieser



Zellen des Gefängnisses in der Andreasstraße in Erfurt

In einem modernen Museum ist Interaktion selbstverständlich, museale Objekte können berührt und Technik darf bedient werden

beiden Gruppen von Strafgefangenen nach dem Volksaufstand änderte. Eine derartige Aufschlüsselung könnte Besuchenden konkrete Hinweise über das Ausmaß der Beteiligung am 17. Juni in Erfurt geben.

Die didaktische Herangehensweise, unter dem Einsatz multimedialer Quellen soll den Besuchern die Möglichkeit geben, sich näher mit den Ereignissen innerhalb der Inhaftierungsanstalt vertraut zu machen, verdeutlicht den Wandel hin zum gestiegenen Interesse an individuellen Schicksalen im musealen Bereich. Des Weiteren offenbart sich der Wille der Kuratoren der Gedenkstätte-Ausstellungen, die Vermittlung von Geschichte unmittelbarer und damit authentischer zu gestalten.

Unter den ersten Etagen befindet sich der letzte Teil der Ausstellung, der als „Revolution“ betitelt wird und sich mit der Überwin-

nung der SED-Diktatur 1989 beschäftigt. Der Raum ist durch figürliche Kartonaufsteller gekennzeichnet, welche die Demonstranten versinnbildlichen sollen. Die Mentalität der Erfurter während der friedlichen Revolution wird durch Botschaften wie „Auf zur Demokratie“ oder „Wir sind das Volk“ illustriert.

Hierbei wird insbesondere das zeitgenössische Bedürfnis nach Demokratie und Freiheit in der Bevölkerung deutlich. Und da sich die Gedenkstätte auf die friedliche Revolution 1989 konzentriert, bleibt der Volksaufstand 1953 lediglich ein Randthema und nimmt keine nennenswerte Bedeutung im Ausstellungsraum ein. Darüber hinaus wurde der Archivkurs über das bereits zahlreiche Ton- und Videomaterial in Kenntnis gesetzt, das im Rahmen eines Zeitzeugenprojekts realisiert wurde und der Öffentlichkeit zur Verfügung steht.



Chronologie der DDR-Geschichte am Beispiel der Ausstellungsobjekte der Gedenkstätte Andreasstraße

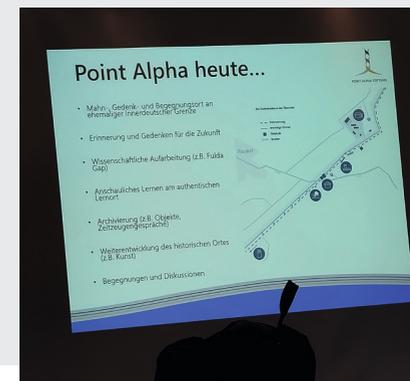
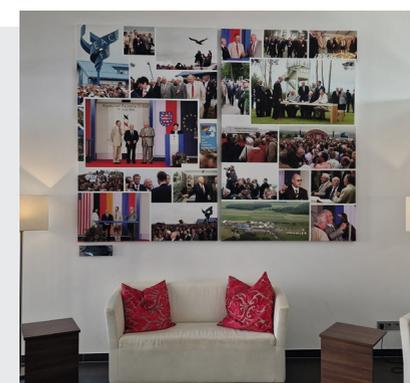
“Point Alpha” – ein Ort der europäischen Geschichte

Sebastian Martini, Magnus Kallfaß

Die Stiftung „Point Alpha“ in Geisa wurde am 01. Januar 2008 gegründet. Ihre Aufgabe liegt darin, die Gedenkstätte „Point Alpha“ als Erinnerungsort der deutschen Teilung sowie des Kalten Krieges zu fördern, zu bewahren und zu pflegen. Zusätzlich ist die Bildungs- und Forschungsarbeit ein zentraler Bestandteil der Stiftungsarbeit. Die Stiftung finanziert sich aus eigener Kraft. Stifter des Stiftungsvermögens waren die Bundesrepublik Deutschland, die Länder Thüringen und Hessen, der Landkreis Fulda und der Wartburgkreis sowie die Kommunen Geisa und Rasdorf.

Über die Stiftung und deren Arbeit durfte der Archivkurs einen Vortrag von den wissenschaftlichen Mitarbeitern Johannes Schneider und Tim Keller hören. Die „Point Alpha“-Stiftung ist als Lernort für die junge Generation von Interesse. Denn die Stiftung entwickelte und entwickelt laufend Angebote für SchülerInnen und Schulen, um über das Leben im realsozialistischen Alltag zu informieren und die Errungenschaften der westlichen Demokratie zu verdeutlichen.

Zudem will die Stiftung mit der Erinnerung an den gewaltlosen Widerstand gegen kommunistische Diktaturen in Mittel- und



Point Alpha bietet viel: Gedenkstätte, Museum und Archiv zur Geschichte des Kalten Krieges

Osteuropa dem schleichenden Zerfall demokratischer Werte entgegenwirken. Hierzu bietet die „Point Alpha“ Akademie Seminare und Abendveranstaltungen als Teil des Bildungssystems der Bundeszentrale für politische Bildung an.

Die internationale Perspektive und der Beitrag der europäischen Nachbarn als Vorgeschichte der Friedlichen Revolution sind ein Forschungsschwerpunkt der Stiftung. Ein Forschungsinstitut „Point Alpha“ (Point Alpha Research Institute = PARI) ergänzt seit 2021 die politische Bildungsarbeit um Forschung mit universitärem Anspruch.

Die Gedenkstätte „Point Alpha“ arbeitet in dem Verständnis, einen authentischen Schauplatz des Kalten Krieges bieten zu können. Der ehemalige Beobachtungstürmchen der US-Army „Observation Point Alpha“ galt als einer der wichtigsten in Europa und war

wegen seiner militärstrategischen wichtigen Lage einer der „heißesten Orte“ im Kalten Krieg. Wäre der Kalte Krieg einmal heiß geworden, erwartete die NATO dort an der sogenannten „Fulda-Gap“ die Hauptvorstoßrichtung der Sowjetarmee mit ihren Verbündeten des Warschauer Paktes Richtung Frankfurt mit dem strategisch wichtigen Flughafen Ramstein. Um diese deutsch-deutsche Geschichte mit der Konfrontation der beiden Machtblöcke sichtbar und begreifbar zu machen, können die BesucherInnen einen großen Gesamtkomplex besichtigen.

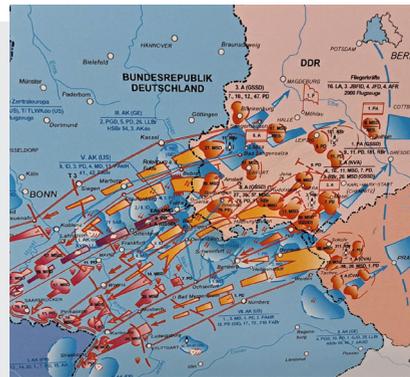
Das „Haus auf der Grenze“, originalgetreue Grenzteile sowie einige Rekonstruktionen der Grenzsicherungsanlagen sind sichtbar. Zudem sorgen der „Weg der Hoffnung“, eine künstlerische Darbietung der Leiden an der innerdeutschen Grenze in christlicher Darstellungsweise von Dr. Ulrich Barnickel

sowie der Wiesenfelder Turm, eine Führungsstelle der Grenztruppen der Nationalen Volksarmee der DDR, für eine Ergänzung des Gedenkstättenangebotes.

Die originalgetreuen Grenzanlagen sollen einen authentischen Blick auf die Entwicklung bis 1989 geben. Die Rekonstruktionen von Grenzanlagen verschiedener Bauphasen der innerdeutschen Grenze veranschaulichen die Entwicklungen an der damaligen Grenze und sind pädagogische Elemente. Der „Weg der Hoffnung“ spiegelt als künstlerisches Mahnmal das Narrativ des Widerstands gegen die kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa wider. Vierzehn Skulpturen erinnern hier, auf dem ehemaligen Todesstreifen stehend, an einen Kreuzweg. Der Künstler will hierbei die BetrachterInnen motivieren, die Skulpturen im historischen Kontext zu betrachten.

Das „Haus auf der Grenze“ ist ein bedeutender Ort deutscher Geschichte. Es wurde als Museum errichtet, um über das Grenzregime der DDR und das Leben und Leiden der Bevölkerung am Eisernen Vorhang zu informieren. Der Bau des „Hauses auf der Grenze“ wurde von engagierten Bürgern beiderseits der einstigen ehemaligen Grenze gefordert und gefördert. Die Ausstellungen im Haus befassen sich mit Themen wie der Staatsgrenze der DDR im Kalten Krieg, Freiheiten und dem Wandel des Todesstreifens zu einer Lebenslinie, also mit dem sogenannten „Grünen Band“. Es gibt zusätzlich einen Raum für Wechsel- und Wanderausstellungen.

Der ehemalige US-Beobachtungstürmchen „Observation Point Alpha“ diente während des Kalten Krieges der Überwachung der Grenze zur sowjetischen Besatzungszone ab ca. 1952. Das 14. Panzeraufklärungsre-



Der wissenschaftlicher Mitarbeiter Johannes Schneider präsentiert museale Objekte im Archiv der Gedenkstätte

Der Zeitzeuge und Republikflüchtling von 1964 Berthold Dücker führte den Archivkurs durch die Gedenkstätte Point Alpha

giment (engl. Armored Cavalry Regiment) baute den Beobachtungsposten ab 1951 fortwährend aus. Ab 1972 übernahm das 11. Armored Cavalry Regiment diesen Auftrag, direkt nach der Rückbeförderung aus dem Krieg in Vietnam, der „Point Alpha“ verfügte nur über konventionelle Waffen und keine atomaren Sprengköpfe, gleichwohl gibt es in unmittelbarer Nähe der Gedenkstätte Sprengschächte, die atomar ausgerüstet werden konnten. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands und der Auflösung des Warschauer Paktes endete der Einsatz der US-Truppen am „Point Alpha“.

Die Ausstellung im Camp „Kalter Krieg“ beschäftigt sich mit der Geschichte, dem militärischen Alltag und der strategischen Bedeutung des „Point Alpha“, während die Ausstellung „Everyday Life“ das Zusammenleben der Menschen im hessischen Grenzgebiet mit den amerikanischen Soldaten in den Mittelpunkt stellt. Das gesamte 100.000 Quadratkilometer große Gelände stellt die

historische Entwicklung der innerdeutschen Grenze in ihrer weltpolitischen Dimension dar.

Am Museum von „Point Alpha“ werden Führungen angeboten. Den Archivkurs führte der Zeitzeuge und Gästebegleiter Berthold Dücker, der sich als Journalist entscheidend dafür eingesetzt und die Menschen in Ost und West überzeugt hatte, dass „Point Alpha“ als Gedenkstätte erhalten bleibt und eben nicht wie andere Observation Points, wie India oder Romeo, abgerissen wird.

Während sich andere Grenzmuseen am einstigen Eisernen Vorhang insbesondere mit der deutsch-deutschen Geschichte befassen, ist „Point Alpha“ eine Gedenkstätte mit einem europäischen Anspruch, weil es den Kalten Krieg und die Teilung des Kontinents in den Mittelpunkt stellt.



Blick auf den „Weg der Hoffnung“ auf dem ehemaligen Todesstreifen der innerdeutschen Grenze in Rasdorf/Geisa



Grenzanlagen zwischen Rasdorf (Hessen) und Geisa (Thüringen) - der „heißeste Punkt des Kalten Krieges“

Das Stadtarchiv Eisenach

Sarah Saß, Tobias Zimlong

Am 6. April 2023 besuchte der „Archivkurs Regensburg 2023“ das kommunale Archiv in Eisenach und wurde von Frau Anne Groke, einer ausgebildeten Historikerin mit Fachausbildung Archiv, die seit 2022 Leiterin dort ist, durch ihre Behörde geführt. Das Archiv ist auf zwei Standorte aufgeteilt, wobei der Archivkurs lediglich einen der beiden besichtigte, welcher auch das Endarchiv beherbergt.

Das Zwischenarchiv, in dem die städtischen Ämter ihr Schriftgut lagern, ohne noch auf die eigene Registratur zu verzichten, befindet sich am zweiten Standort und umfasst etwa 4000 Akteneinheiten. Wenn diese nicht mehr benötigt werden und keine Archivwürdigkeit mehr gegeben ist, werden sie als Archivgut in das Endarchiv übernom-

men, das aktuell eine Größe von 2000 laufenden Metern aufweist.

Bis Anfang der 1990er Jahre waren mehr Ortschaften im Altkreis Eisenach zusammengefasst. Durch die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik Deutschland verkleinerte sich der Kreis Eisenach und umfasst nun nur noch die Stadt selbst und neun kleinere, angrenzende Ortschaften. Im Zuge einer Aktenbereinigung zu Beginn der 1990er Jahre wurde das Archivgut, das noch zum Altkreis gehörte, an die betreffenden Ortschaften wie Bad Salzungen zurückgegeben.

Im Stadtarchiv Eisenach wird die Verzeichnung und Ablage der Archivalien auf der Grundlage des Provenienzprinzips durchgeführt, das heißt, sie werden entsprechend ihrer Herkunft organisiert. Bis zum Ende



Das Stadtarchiv Eisenach befindet sich im Nordflügel des spätbarocken Stadtschlösses

des 19. Jahrhunderts hingegen erfolgte die Strukturierung der Akten nach dem Pertinenzprinzip, also nach Fachgebieten.

Aufgrund der begrenzten Größe der Stadt Eisenach wurde das Stadtarchiv erst im Jahr 1952 vollständig mit hauptamtlichen Mitarbeitern besetzt. Gegenwärtig arbeiten vier Mitarbeiter im vor einigen Jahren renovierten Archivgebäude. Darüber hinaus ist das Stadtarchiv Eisenach ein Ausbildungsbetrieb. Allerdings besteht momentan nur ein geringes Interesse an einer Ausbildung zum Archivar.

Das Stadtarchiv Eisenach erfuhr im Laufe seiner Geschichte drei bedeutende Einschnitte. Der erste fand im Jahr 1636 statt, als ein Stadtbrand die meisten Archivalien und die Bibliothek der Stadt Eisenach zerstörte. Nur wenige Urkunden und andere Quellen sind aus der Zeit davor erhalten geblieben. Insbesondere im Zusammenhang mit Luther und seiner Zeit in Eisenach ist dies aus historischer Sicht bedauerlich.

Der zweite Einschnitt ereignete sich

gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, als eine Fliegerbombe das Archivgebäude traf. Zu jenem Zeitpunkt waren die meisten Unterlagen des Stadtarchivs ausgelagert, dennoch wurde eine gewisse Anzahl von Dokumenten vernichtet. Ferner ist anzunehmen, dass einige Nationalsozialisten bemüht waren, sich durch die Vernichtung von belastenden Dokumenten zu schützen. Der dritte Einschnitt ereignete sich während der Eingliederungszeit der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik Deutschland. Die Umstrukturierungen waren nicht immer transparent und führten dazu, dass einige Akten verloren gingen bzw. schwer auffindbar sind.

Das Archiv in Eisenach nutzt erfolgreich die Archivdatenbank „Augias“, um das Archivgut zu verwalten und verfügt über ein neues Mikrofilmlesegerät, das nicht nur die Anzeige von Mikrofilmen, sondern auch eine hochwertige Lesbarkeit auf einem Bildschirm gewährleistet sowie das Scannen und Kopieren ermöglicht. Eine umfassende Sammlung der örtlichen Tageszeitung liegt bereits in

Mikrofilmform vor. Das gesamte Endarchiv ist digitalisiert, einschließlich einer umfangreichen Sammlung von 50.000 Karten und Plänen.

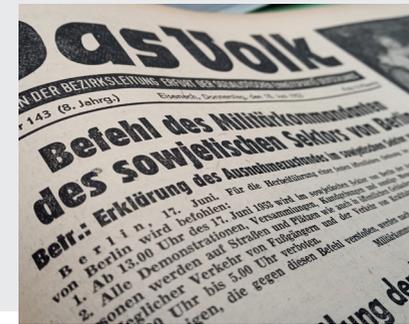
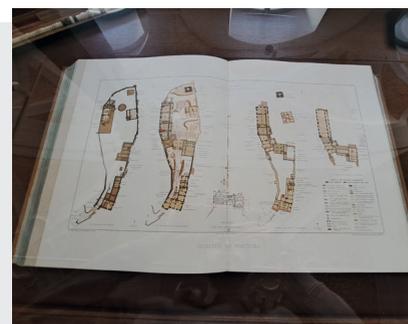
Ein besonderes Archivgut ist das sogenannte „Eisenacher Kantorenbuch“, aus welchem angeblich Johann Sebastian Bach vorgesungen haben soll. Es handelt sich hierbei um eine großformatige, handschriftliche Sammlung von Kirchenliedern aus der Mitte des 16. Jahrhunderts. In dieser Zeit nach der Reformation finden sich darin sowohl protestantische, deutschsprachige Lieder und Choräle als auch lateinische Liturgien. Die konfessionelle Toleranz in der Kirchenliturgie ist ein bemerkenswertes Beispiel für die Übergangszeit.

Das besondere Augenmerk der Archivgruppe galt dem Aufstand vom 17. Juni 1953 in der SBZ/DDR. Eine im Vorfeld getätigte Anfrage an das Stadtarchiv ergab lediglich eine Zusammenfassung über den Volksaufstand, welche jedoch erst nach der Wende entstanden ist. Da im Stadtarchiv Eisenach

keine Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR aufbewahrt werden, ging der Archivkurs davon aus, dass sämtliches Material, das damals in der kommunalen Verwaltung existierte, vom MfS beschlagnahmt wurde.

Im Zuge der Führung durch das Stadtarchiv Eisenach ergab sich die Möglichkeit, den Kellerbereich zu besichtigen, wo sämtliche Exemplare der Zeitung „Das Volk“ aufbewahrt werden. Die besagte Zeitung kommentierte in DDR-Zeiten das Leben der Eisenacher Bürger, verbreitete DDR-Propaganda und berichtete über die angeblich schlechten Zustände im damaligen West-Deutschland. Im Zuge des Hauptthemas wurde die Ausgabe dieser Zeitung um den 17. Juni 1953 begutachtet.

Dabei stieß man unter anderem auf einen Artikel über die Bekanntmachung zur Verhängung des Ausnahmezustands mit strikten Auflagen sowie diverse Berichte über „westliche Saboteure“ im Umfeld der DDR-Protestbewegung. Des Weiteren wurde



Stadtarchivarin Anne Groke führte durch das eigene Haus und erklärte die Spezifika des DDR-Archivwesens

Archivalien aus dem Stadtarchiv: Stadtpläne, ein Eisenacher Kantorbuch von 1540 und Belege für den Volksaufstand in der DDR von 1953

eine Liste, welche die Namen und Adressen von Personen enthielt, die angeblich zu dem Volksaufstand aufgerufen hatten, entdeckt. Die Quellen vermittelten ein beklemmendes Stück Zeitgeschichte. Ähnlich wie im Gefängnis des MfS wird hier deutlich, welche Maßnahmen das DDR-Regime ergriff.

Frau Groke erläuterte, dass im Archiv Eisenach keine festen Ausbezeiten vorgesehen sind. Infolgedessen zählt dieses kleine Stadtarchiv zu den benutzerfreundlichsten Behörden der Stadt. Frau Groke schätzt, dass etwa 200 Personen jährlich von diesem Angebot Gebrauch machen. Auch Praktikanten, Forscher und Studenten sind im Archiv stets willkommen.

Durch die Möglichkeit, im Rahmen dieses Archivkurses insgesamt fünf Archive besuchen zu können, ergab sich die Gelegenheit, komparativ auf Archive zu blicken. Im Gegensatz zum Bundesarchiv verfügt das Eisenacher Stadtarchiv über begrenzte finanzielle Mittel und insbesondere der Ausfall der Akten von 1636 stellt einen

Verlust dar, der die interessanteste Periode der Stadtgeschichte aus der historischen Rezeption auslöscht. Im Kontrast zum privaten Archiv der Stiftung „Point Alpha“ wird deutlich, welchen immensen Einfluss eine staatliche Finanzierung auf die Qualität und den Umfang eines Archivs haben kann. Im Eisenacher Stadtarchiv waren nicht nur alle Dokumente verzeichnet, sondern auch ein Großteil davon bereits digitalisiert.

Allerdings gab es, wie in vielen Archiven, Probleme mit der nicht gerechten Ablage in Kellerräumen, wo einige Schriftstücke gerade aus diesem Grund restauriert werden mussten. Dies erfordert zusätzliche Mittel, die auch über das Budget einer kommunalen Einrichtung hinausgehen. Trotzdem sind die Probleme, mit denen das Archiv zu kämpfen hat, überschaubar. Das Stadtarchiv Eisenach ist demnach für alle, die sich für die Geschichte der Stadt und die Region interessieren, einen Besuch wert. Führungen sind auf Anfrage möglich.



Magazinträume im Stadtarchiv Eisenach



Die Archive und ihre Findmittel

Lara Berge, Vinzenz Danzl

Einen besonderen Fokus legte der Archivkurs des Sommersemesters 2023 nicht nur auf die Magazinbestände der besuchten Archive, sondern auch auf die Nutzung der Findmittel sowie deren Inhalt. Während des Besuchs in mehreren Archiven Bayerns und Thüringens gab es Gelegenheit, komparativ auf Findmittel in unterschiedlichen Archiven zu blicken.

Bei der Führung durch die Dienststelle Erfurt des Bundesarchivs, ehemalige Außenstelle des/der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der DDR, durch Herrn Dr. Thilo Günther, wurde den Teilnehmenden das Gebäude, die Magazine sowie die Bestände und die verwendeten Findmittel gezeigt und erörtert. Das Archiv (seit 2021 Teil des Bundesarchivs) verwahrt 4395 laufende Meter Unterlagen

der Stasi-Bezirksverwaltung (BV) und der dazugehörigen Kreisdienststellen (KD). Der Bestand umfasst – je nach Überlieferungsform – Akten, Dokumente, Karteien, Bilder- und Tonsammlungen. Der größte Bestand umschließt ca. 2250 laufende Meter der Unterlagen der Verwaltung des Bezirks des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), in denen sich Vorgänge der Spionage und Verfolgung von DDR-Bürgern niederschlagen.

Bei Behördengründung des BStU 1990 wurden die von der Stasi verwendeten Findmittel weiter genutzt, da für die Erstellung von neuen aufgrund der nötigen schnellen Zugriffsmöglichkeit für die Akteneinsicht schlicht keine Zeit zur Verfügung stand. Die Ablagesysteme des MfS waren größtenteils durch personenbezogene Karteien erschlossen. Die Karteien wurden im Zuge der struk-



Archivmanager Thilo Günther erklärt dem Archivkurs die Herausforderungen bei der Integration der Findmittel der Stasi in das moderne Archivinformationssystem des Bundesarchivs

turellen Erweiterung des Aufgabengebiets des Ministeriums und der höheren Frequenz des Zugriffs stets verbessert.

In den Anfangsjahren wurde das Karteiensystem in „Freund“ und „Feind“ getrennt und durch farblich unterschiedliche DIN-A6-Formkarteien markiert. Diese Unterscheidung der Karteiführung blieb in der groben Form bis 1960 bestehen. Die Kartei der als „Belasteten“ eingestuft und die der inoffiziellen Mitarbeiter wurden zusammengelegt, sodass keine Unterscheidung mehr vorgenommen werden konnte und die Geheimhaltung damit verstärkt war.

In der dezentralen Kartei wie in Erfurt wurden insbesondere für die operativen Vorgänge des MfS Personennamenskarteien für Personen verwendet, die zuallererst geheimpolizeilich erfasst wurden. Später eingeführte Lochkarten führten Merkmale mit sich, die eine effizientere Suche auch nach

Sachrelevanz ermöglichten. Die Einführung von elektronischen Datenspeichern erfolgte in den 1970er Jahren und sollte die analoge Struktur nicht ersetzen, sondern ergänzen.

Nach Auflösung des MfS wurde 1993 das Elektronische Personenregister (EPR) eingeführt, in dem auch die dezentralen Karteien miteinbezogen wurden. Die Erschließungstiefe wurde um thematische Bezüge noch erweitert, was die Recherche bis heute sehr erleichtert. Mit Sachindizes und anderen Indizes lassen sich die Datenbanken Sachatenerschließungsprogramm (SAE) und Volltextsuchen (EPR) durchführen. Nach Angabe von Dr. Günther ist aktuell ca. die Hälfte des Bestands auf diese Weise recherchierbar.

Während des Aufenthalts in Geisa, einer Stadt am östlichsten Punkt des Warschauer Paktes, erhielt der Archivkurs im historischen Schloss der Stadt Geisa, das zugleich den Sitz der „Point Alpha Stiftung“ darstellt, eine Ein-

führung zum Erinnerungsort und einen Einblick in das Archiv- und museale Sammelgut.

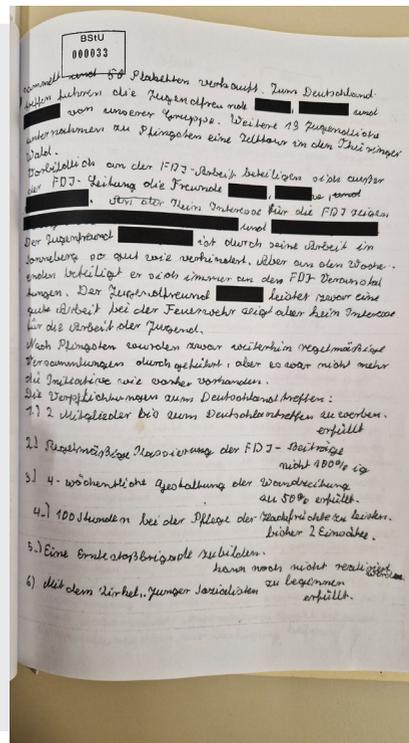
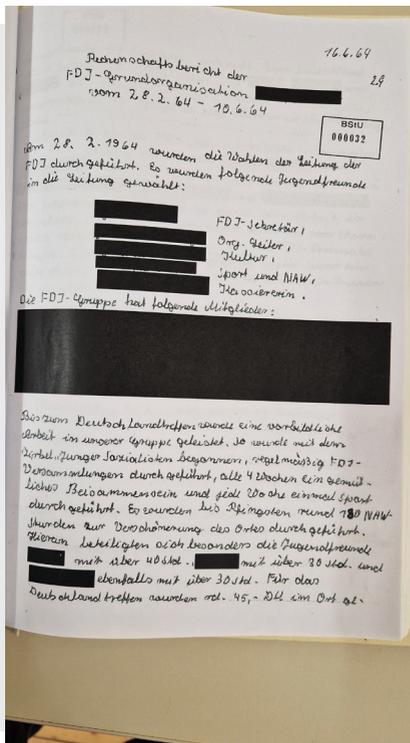
Die zwei wissenschaftlichen Mitarbeiter, Johannes Schneider und Tim Keller, hatten für diesen Zweck einige Schriftquellen (wie Panzeroperationen oder deutsch-englische Sprachführer) sowie museale Objekte, darunter militärische Rucksäcke, Auszeichnungen oder Uniformen auf den Tischen aufbereitet. Dadurch konnte man sich mit dem Quellenkorpus vertraut machen und im Austausch weitere Informationen über die Aufbewahrung der Quellen und Objekte einholen.

Bereits aufgenommene Schriftstücke des Archivs sind mithilfe des Archivprogramms Faust 9 recherchierbar. Dazu zählen Unterlagen amerikanischer Provenienz genauso wie Textilien oder Waffen, die durch Bildaufnahmen und dazugehörige Beschreibungen in der Datenbank aufrufbar sind. Neben dem digitalen Findmittel gibt es keinerlei klassi-

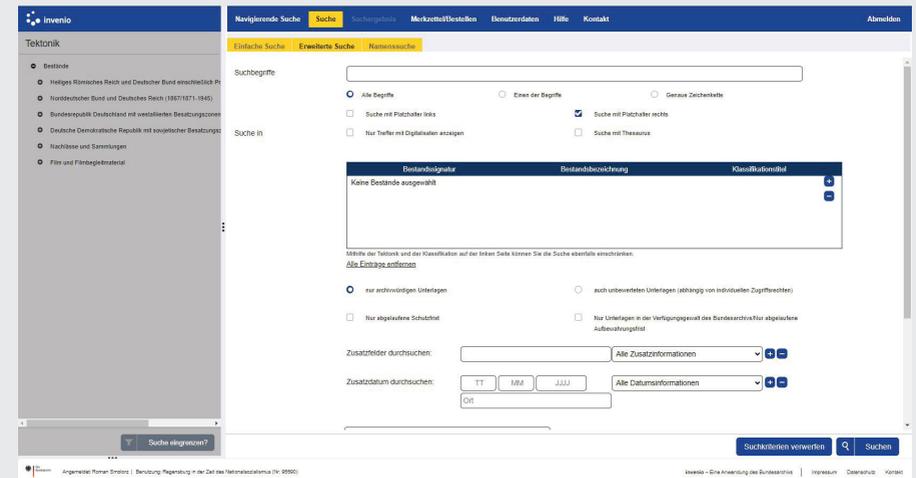
sche Repertorien, da weite Teile der schriftlichen Bestände, zumal die eigene Registratur, noch nicht verzeichnet sind.

Eine weitere Herausforderung für das Archiv stellt die Einlagerung der Textilien und die Entmilitarisierung der nun musealen Kampfaffen dar. So gibt es bislang nur provisorische Lösungen, wie beispielsweise die Lagerung von Textilien mithilfe von Schutzfolien. Gegenwärtig konzentriert sich die Stiftung zudem auf die Erstellung eines Zeitzeugenmemorials. Das laufende Projekt versucht mithilfe von aufgezeichneten Interviews das Leben im Sperrgebiet und den Alltag in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR zu dokumentieren. Langfristig sollen diese Interviews öffentlich zugänglich werden.

Das bereits seit dem Mittelalter existierende Stadtarchiv Eisenach bildete am letzten Tag in Thüringen einen Abschluss



Beispiele aus dem Archivgut des Bundes in Erfurt



Suchmaske der Datenbank des Bundesarchivs „Invenio“

der Exkursion. Die Archivarin in Eisenach, Frau Anne Groke, führte die Teilnehmenden durch die Magazine, den Lesesaal und teilweise durch den Verwaltungstrakt des Archivs und veranschaulichte die Bandbreite des aufbewahrten Quellenmaterials. Neben Urkunden, Akten und Amtsbüchern besitzt das Archiv gleichermaßen neuere Quellen wie Lokalzeitungen, Nachlässe sowie Film- und Tonträger, welche für die Erforschung der Stadtgeschichte relevant sind.

Es wurde das Verzeichnisprinzip des Archivs, welches sich nach dem Pertinenz- und dem Provenienzprinzip einteilt, vorgestellt. Das Pertinenzprinzip ordnet die Archivbestände nach Sachbetreffen (Personennamen, Ortsnamen oder Zeiträume), wohingegen sich das Provenienzprinzip nach dem Herkunftsprinzip, also seinem

Entstehungszusammenhang, aufgliedert.

Ein besonders eindrucksvoller Moment stellte das Schauarchiv dar, welches in seiner antiquisierenden Atmosphäre mehrere Grafiken, Karten und über 400 Jahre alte Bücher aufbewahrt. Darunter befinden sich Bände einer alten Ratsbibliothek, Amtsbücher sowie einige Abschriften. Neben dem Magazin im Erdgeschoss wurde ein weiteres im Keller vorgestellt, in welchen sich die Findbücher befinden. Eines der ältesten Findbücher lässt sich auf das Jahr 1929 datieren. Diese analogen Findmittel sind allerdings nicht der Öffentlichkeit zugänglich. Für die öffentliche Nutzung steht die Archivdatenbank augias zur Verfügung, welche im Lesesaal des Archivs nutzbar ist.

Ein besonders für das Thema des Archivkurses interessantes Fundstück während

des Archivbesuchs war ein Zeitungsbestand aus dem Jahr 1953, in dem die Teilnehmenden einen Bericht zum Volksaufstand 1953 recherchieren konnten. Unter dem Titel „Terroraktion der Provokateure zerschlagen“ konnten die Darstellungstendenzen des Volksaufstands innerhalb der DDR herausgearbeitet werden, die den Volksaufstand als eine bloße Aktion westlicher Agenten fälschte.

Das letzte Archiv der Exkursion war das Archiv der Wartburg-Stiftung Eisenach. Die Führung übernahm die Leiterin, Frau Dr. Grit Jacobs. Dieses kleine Burgarchiv umfasst als wissenschaftlicher Teil der musealen Einrichtung Bestände von ca. 120 laufende Meter sowie eine Bibliothek mit ca. 10-14.000 Bänden. Diese Quellen dokumentieren die Geschichte der Einrichtung.

Das Archiv wurde im 19. Jahrhundert begründet, in den 1840er Jahren wurde die Burg renoviert, daher entstand auch eine eigene Registratur, die heute gleichfalls als Archivmaterial zur Verfügung steht. Die Bibliothek entstand 1883 und ihr Urheber war Walter Klemp. Der vergleichsweise kleine Archivbestand ist teilerschlossen und wird laufend weiterverzeichnet. Als Findmittel dient die elektronische Datenbank „Digis-helf“.

Informationen zur Suche



Volltextsuche

Bei der Volltextsuche wird der von Ihnen eingegebene Suchbegriff in allen Feldern der Datenbank gesucht. Sie können die Suche auch auf einen bestimmten Entstehungszeitraum, eine Archivalienart oder Verzeichnungsstufe einschränken.



Feldsuche

Bei der Feldsuche können Sie gezielt in bestimmten Feldern der Datenbank suchen.



Archivplansuche

Bei der Archivplansuche recherchieren Sie unmittelbar in der hierarchisch gegliederten Ansicht der gesamten Archivbestände. Damit können Sie sich einen Überblick über die verschiedenen Bestände und deren Ordnung verschaffen und bestimmte Bereiche gezielt durchsuchen.

Wie benutze ich die Online-Recherche?

Oben finden Sie die drei Möglichkeiten der Suche in der Online-Datenbank des Stadtarchivs Regensburg. Unter dem Menüpunkt „Hilfe“ werden Ihre Funktionsweisen genauer erklärt. Nutzen Sie verschiedene Suchoptionen, um ein vollständigeres Ergebnis zu erhalten. Um von der angezeigten Verzeichnungseinheit in die Bestandsgliederung zu gelangen, klicken Sie links auf „Im Archivplan lokalisieren“.

Die Anmeldefunktion steht aktuell noch nicht zur Verfügung.

Finde ich alle Archivalien mit der Online-Recherche?

Neben dem Stadtarchiv Regensburg umfasst die Online-Datenbank das Archiv des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg sowie das Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Regensburg vor dem Zweiten Weltkrieg (aus den Central Archives for the History of the Jewish People in Jerusalem). Nur ein Teil der hier überlieferten Bestände konnte bisher erschlossen und elektronisch verzeichnet werden. Dieser lässt sich mit der Online-Recherche durchsuchen.

Für manche Bestände liegen derzeit nur analoge Findbücher in unserem Lesesaal vor, andere sind bislang nicht oder unvollständig erschlossen. Die elektronische Erschließung solcher Bestände wird kontinuierlich fortgeführt, in der Online-Recherche werden sie vorläufig nur mit ihrer Grundinformation nachgewiesen. Aus archivrechtlichen Gründen (Datenschutz) werden bestimmte, vor allem personenbezogene Archivalien nicht in der Online-Recherche angezeigt.

Die Bibliotheksbestände des Stadtarchivs Regensburg und des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg sind bisher teilweise über den [Regensburger Katalog](#) online recherchierbar. Berücksichtigen Sie für Ihre Recherchen auch die Bestände staatlicher kirchlicher oder privater Archive und Bibliotheken mit Bezug zur Regensburger Geschichte.

Zeitgenössische Sprache

Zahlreiche Verzeichnungsdaten enthalten Begriffe und Umschreibungen, die aus dem Inhalt oder dem Originalbetreff der Archivalien übernommen wurden. Diese sind für das moderne Sprachverständnis nicht immer nachvollziehbar und sollten bei der Recherche berücksichtigt werden. Außerdem gelten einzelne Ausdrücke heute als herabwürdigend oder diskriminierend. Das Stadtarchiv Regensburg hat sich dennoch für die Beibehaltung der zeitgenössischen Formulierungen entschieden, da sie historische Entstehungszusammenhänge zum Ausdruck bringen.

Suchmaske des Archivinformationssystems „Scope“ im Stadtarchiv Regensburg

Startseite



Die „Nobelkarosse“ Wartburg vor dem gleichnamigen gesamtdeutschen Erinnerungsort
(Quelle: Archiv der Stiftung Automobile Welt Eisenach)

Die rechtlichen Grundlagen zur Nutzung von Stasi-Unterlagen

Jana Vinga Martins, Michael Zimmermann

Das Ansinnen, die Auseinandersetzung mit den Taten des alten Regimes rasch zu beginnen und sich zur Aufarbeitung der zweiten Diktatur auf deutschem Boden unverzüglich deren archivalischer Hinterlassenschaften zu bedienen, führte zur Verabschiedung eines gesonderten Zugangsgesetzes für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) durch den Deutschen Bundestag im November 1991.

Als dieses Gesetz, schlicht Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) betitelt, Ende Dezember in Kraft trat, waren noch keine zehn Jahre vergangen, seit das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil erstmals das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Ausprägung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts festgestellt und ausgedeutet

hatte. Auch in puncto Zugang zu Archivgut bedurfte es daraufhin einer Erneuerung der Rechtsgrundlage.

Den Kern der Archivgesetzgebung in Bund und mittelbar in den Ländern bildet seither das Bundesarchivgesetz (BArchG) von 1988, wobei, in der Neufassung von 2021, § 10 jeder Person, nach Maßgabe des Gesetzes, das Recht zuspricht, auf Antrag Einsicht in das Archivgut zu nehmen. Nach § 3 hat das Archiv die Hauptaufgabe, Archivgut des Bundes für die behördliche, journalistische, wissenschaftliche und persönliche Verwendung zu sichern und den Zugang zu demselben zu ermöglichen.

Die Nutzung ist allerdings insofern mit Auflagen verbunden, als das BArchG die Behörde dazu verpflichtet, den Schutz

gewisser privater und öffentlicher Belange zu gewährleisten. Dies zeigt sich vor allem in der Wahrung von Schutzfristen nach § 11, wobei die allgemeine Aktensperrfrist 30 Jahre beträgt. Im Falle, dass das angefragte Archivmaterial in Zweckbestimmung oder Inhalt natürliche Personen betrifft, kann es außerdem erst zehn Jahre nach deren Tod, beziehungsweise 100 Jahre nach Geburt, genutzt werden. Auch auf Unterlagen, die rechtmäßig der Geheimhaltung unterliegen, kann man erst 60 Jahre nach ihrer Entstehung zugreifen.

Damit wird bereits ein zentraler Aspekt offenbar, der gegen eine hypothetische Anwendung des BArchG auf die erhaltenen Unterlagen des MfS, der Geheimpolizei der DDR, sprechen hätte müssen: Dem Bestreben, praktisch unmittelbar nach der Wiedervereinigung die Aufarbeitung der Tätigkeiten der Stasi anzugehen, hätte, auch bei einer gesetzlich erlaubten Verkürzung der Schutzfrist, entgegen gestanden, dass diese, in der Fassung von 1988, durch § 5 Abs. 6 Satz 5

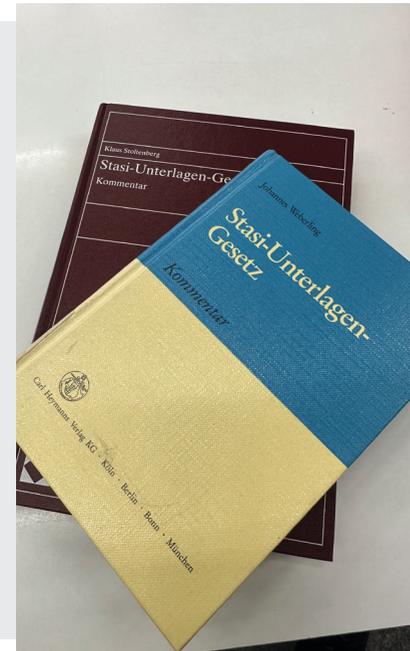
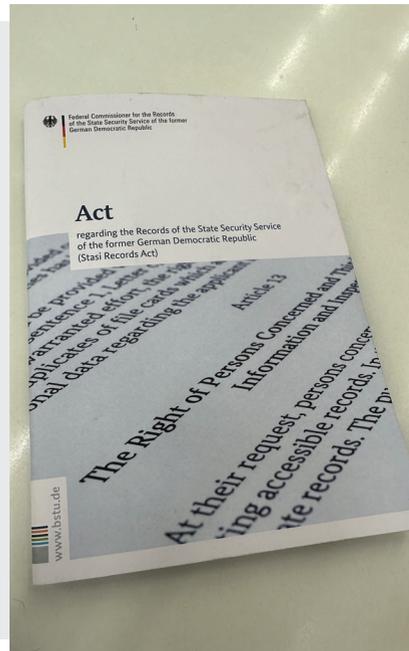
(Geheimhaltungspflicht) für die Stasi-Unterlagen unzulässig gewesen wäre.

Die Aufforderung zu einer eigenen Gesetzgebung, die die Offenlegung geheimpolizeilicher Materialien im Sinne der Betroffenen sowie der historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung regelt, war auch deshalb Gegenstand des Einigungsvertrags der beiden deutschen Staaten vom August 1990.

Der Text des StUG, seit 1991 mehrmals novelliert, legt somit bewusst keine Sperrfristen fest und spricht in § 1 explizit von der Ermöglichung einer Einsichtnahme durch Einzelne, gerade zum Zwecke der Rehabilitation und des Schutzes vor Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts durch von der Stasi vorgehaltene Informationen zur betroffenen Person. Außerdem sind die Unterlagen (beschränkt) für die strafrechtliche Verfolgung (§ 23 & § 24) und die Überprüfung im Öffentlichen Dienst (§ 21 & § 22, jeweils Abs. 6 & 7) zu verwenden. Vergleichbar ausführliche Passagen zu den statthaften Nut-



Fachliteratur wie das Archivgesetz liegt oftmals auch in mehreren Sprachen vor



Das Stasiunterlagen-Gesetz hat ebenfalls Kommentare bekommen



zungsarten und -absichten, oder Verfahrensvorschriften, finden sich im konzise-abstrakt gehaltenen BArchG nicht.

Doch damit ist es der Abweichungen noch keineswegs genug, denn im Gegensatz zum BArchG kann nach dem StUG das Verhältnis, in dem die Einsicht nehmende Person zum MfS stand, den Umfang ihrer Nutzerrechte beeinflussen (§ 13, § 15–17). Unterschieden werden hier das Recht auf Auskunft, Einsicht und Herausgabe Betroffener von demjenigen der Mitarbeiter und Begünstigten der Stasi und zwar nicht nur innerhalb der Gebührenordnung. Die im Archivwesen stets zu treffende Abwägung zwischen Transparenz, Datenschutz und Privatsphäre wird hier zugunsten des als berechtigt angesehenen Interesses der Betroffenen gewichtet:

Letzteren müssen auf Verlangen die Namen derjenigen Mitarbeiter des MfS bekannt gegeben werden, die sich in den Unterlagen der betroffenen Personen hinter Decknamen verbergen (§ 13 Abs. 5). Gleichzeitig haben ehemalige Mitarbeiter

nur eine Chance, die von ihnen erstellten Berichte einzusehen, wenn kein berechtigtes Interesse Betroffener oder Dritter an deren Geheimhaltung überwiegt und sie ein eigenes rechtliches Interesse nachweisen konnten (§ 16 Abs. 4).

Die Außergewöhnlichkeit des StUG ist allerdings nicht nur durch die spezifisch geheimpolizeiliche Überlieferung, also die Eigenart des Bestands, bedingt und erschöpft sich deshalb auch nicht in seinen Paragraphen. Der Umstand, dass diese rechtlichen Vorgaben nur etwas mehr als ein Jahr nach der deutschen Wiedervereinigung in Kraft traten, hatte nämlich erhebliche Auswirkungen auf das Tagesgeschäft der Archivar/innen und damit auch die Benutzer/in.

Beispielsweise wurden die Stasi-Unterlagen zu einem Zeitpunkt zugänglich, der eine juristische Nutzung nicht nur realistisch machte, sondern in manchen Fällen unverzüglich anempfahl, um der damals drängenden Problematik von Verjährungsfristen begegnen zu können. Daher fanden

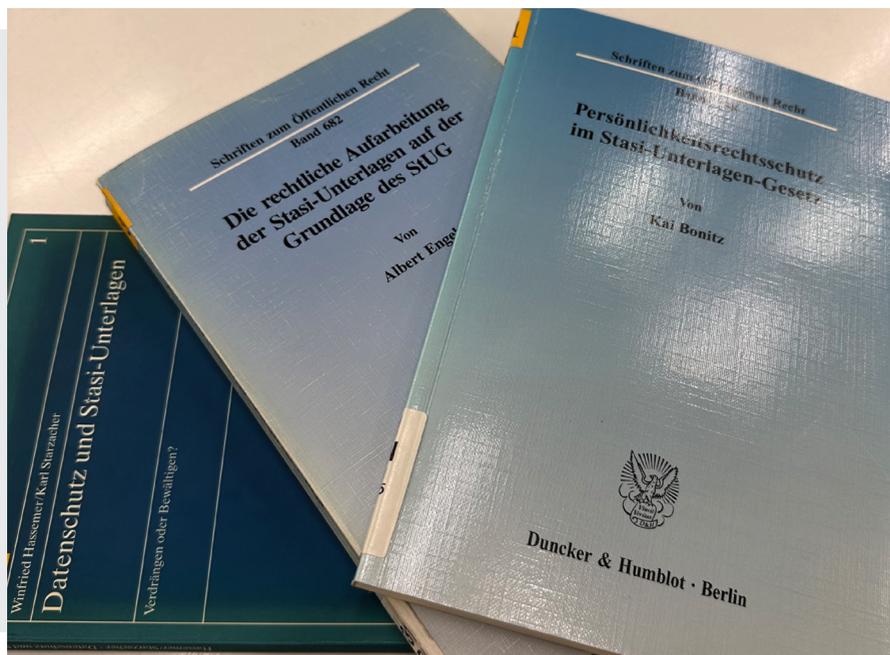
(und finden) Nutzung und Erschließung des Bestands notwendigerweise parallel statt, was eine genuin archivtypische Arbeitssituation darstellt. Eine Erlangung belastbarer Ergebnisse, etwa für juristische Zwecke, ist unter solchen Bedingungen offenkundig erschwert, da sie zeitgleich mit der normalerweise bereits abgeschlossenen Ordnungs- und Verzeichnisarbeit erfolgen muss. Jenseits dessen ergab sich durch den historischen Kontext, also die große Gruppe der nach dem Gesetz als Betroffene zu behandelnden Personen, auch eine erhebliche Anzahl individueller Anträge auf Einsichtnahme, wofür eine ungewöhnliche Erschließungstiefe des Bestands erreicht werden muss.

Das insgesamt breite Nutzungsspektrum – in Hinblick auf die wissenschaftliche Erforschung (§ 32 & § 33) jüngst sogar noch erweitert und seit 1991 mit einem ausdrücklichen Auftrag zur Unterrichtung der Öffentlichkeit (§ 32 Abs. 1) versehen – führt also zu einem erheblichen Arbeitsaufwand, der die im Verhältnis zum Bundesarchiv großzügige

personelle Ausstattung erfordert und auch dauerhaft rechtfertigt.

Angesichts dessen ist es kaum verwunderlich, dass die Eingliederung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) in das Bundesarchiv im Juni 2021 zwar einen Schritt hin zur 'Normalisierung' als Behörde markierte, zunächst aber vor allem die Verwaltungsebene betraf. Schließlich bleibt eine Großzahl der besonderen archivfachlichen Herausforderungen, wie die Rekonstruktion der in 15.500 Säcken lagernden zerrissenen Unterlagen, bestehen oder ist noch zu bewältigen.

Deshalb ist das StUG, gemäß § 3b des BArchG in der Fassung vom September 2021, in der Archivarbeit auch heute maßgeblich für die Erfassung, Verwahrung und Verwendung der Stasi-Unterlagen – einer zentralen Errungenschaft der Friedlichen Revolution und probates Mittel, auf Verfälschung und Legende korrigierend einzuwirken.



Im Lesesaal können auch fachwissenschaftliche Untersuchungen eingesehen werden



Die drei bisherigen Bundesbeauftragten Roland Jahn, Marianne Birthler und Joachim Gauck
Quelle: Steffen Freiling

Der Stellenwert des Themas „Volksaufstand in der DDR 1953“ in den Ausstellungen der deutschen Grenzmuseen des einstigen Eisernen Vorhangs

Michael Fiedler; Sebastian Martini

Ein Ziel des Archivkurses war es, einen Überblick über den Stellenwert der Darstellung des Aufstandes 1953 in den Ausstellungen und Narrativen der Gedenkstätten Mödlareuth, Andreasstraße in Erfurt und „Point Alpha“ in Geisa zu erlangen.

Vorab ist festzuhalten, dass der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 weder im Deutsch-Deutschen Museum Mödlareuth, der Gedenkstätte Point Alpha, noch in der Bildungsstätte Andreasstraße wirklich eine herausragende Rolle spielt, da die Schwerpunkte der Gedenkorte jeweils anders festgelegt sind.

Bei den ersten beiden Gedenkorten liegt

dies daran, dass die innerdeutsche Grenze in ihrem 40-jährigen Bestehen im Fokus liegt, nicht etwa eine einzelne Erhebung. Ferner rührt die stiefmütterliche Behandlung des 17. Juni daher, dass im Zonengrenzgebiet gar keine Aufstände stattfanden, offenkundig waren die Beschattungs-, Kontroll- und Repressionsmaßnahmen eine nicht zu nehmende Hürde.

Bereits 1952 wurden nämlich im Rahmen der Aktion „Ungeziefer“ in der Speerzone, d. h. in einem 500 m Streifen zur Grenze, manche Bewohnerinnen und Bewohner ins Landesinnere zwangsdeportiert. Ihre Häuser wurden niedergeissen; in die Geschichte

ging dies mit dem Begriff „geschleifte Höfe“ ein. Hierdurch sollte die Effizienz der Grenze verbessert werden.

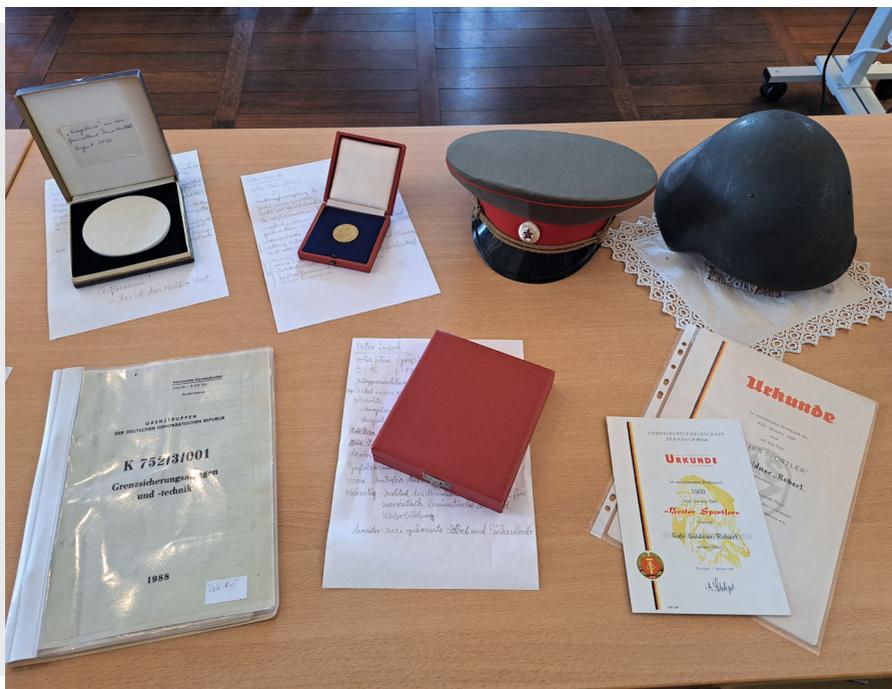
Als Vorwand für die Vertreibung wurden die Einheimischen als „kriminelle Elemente“ und „[politische] Reaktionäre“ diffamiert. Allein in Thüringen waren von der Vertreibung „1.772 Familien“ mit „5.444 Personen“ betroffen. Unter diesen Umständen konnte sich im Folgejahr kein Widerstand gegen das Regime bilden.

Aber auch abseits der unmittelbaren Grenze erwies sich der Bezirk Erfurt als deutlich weniger rebellisch als andere Teile der DDR. Als Beispiel hierfür soll Eisenach dienen. In der Lutherstadt kann von keiner nennenswerten, der Kreisleitung gefährlichen Erhebung gesprochen werden, wenngleich der Bericht des SED-Kreisvorsitzenden Fritz Geißler an die Bezirksleitung, in welchem er selbstgefällig betont, „[w]ir haben im Kreis Eisenach weder Streiks noch Demonstrationen noch sonst solche Erscheinungen

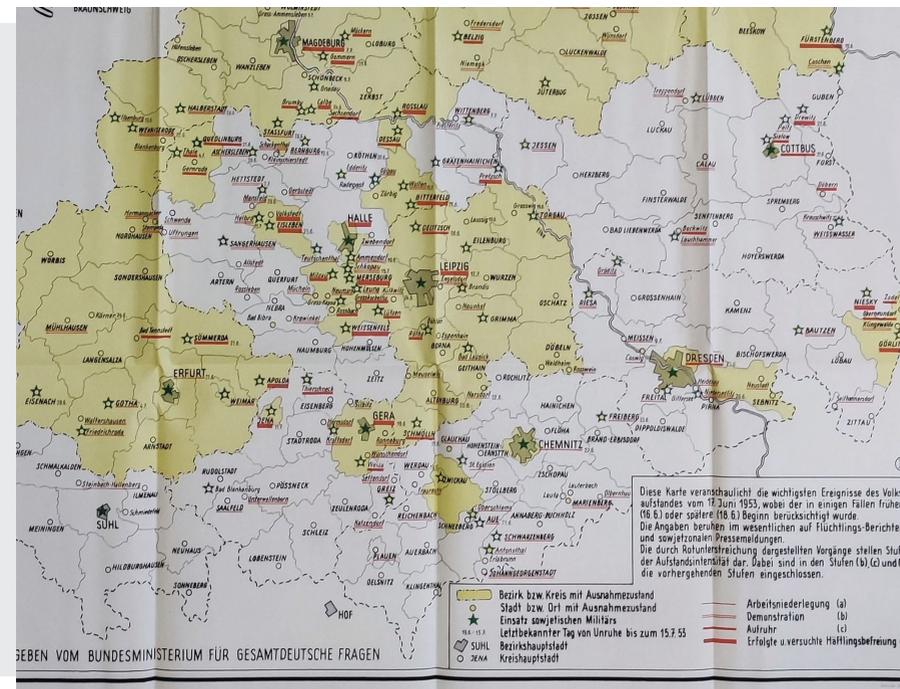
gehabt“, nicht mit der Faktenlage vereinbar ist. Allerdings waren „[i]n den Tagen vor dem 17.6.53 [...] keinerlei Stimmungen unter den Werktätigen zu bemerken“. Am Morgen dieses Tages kam es zu einem gerade einmal „zweistündigen [...] das gesamte [EMW] umfassende[n] Streik“. Ferner schrieb ein Arbeiter etwa an die Toilettenwände, man sollte die Obrigkeit aufknüpfen.

Einige Schüler nutzten weiterhin die Gelegenheit, um dem Unterricht fernzubleiben und dabei gleich noch ihre Russischbücher zu verbrennen. Eine Zeitzeugin will sogar gehört haben, wie Anwohner aufrührerische Lieder sangen – von ihren Häusern aus, nicht etwa auf der Straße, denn das wäre ja wieder zu viel des „Revoluzzertums“ gewesen!

Insgesamt muss festgehalten werden, dass sich im Zuge des Volksaufstandes keine nennenswerte Opposition formierte. Dies hinderte die politisch real-sozialistische Führung nicht daran, auch über Eisenach den Ausnahmezustand zu verhängen, wie aus



Museales und archivalisches Sammlungsgut im Archiv der Gedenkstätte Point Alpha



Karte mit zentralen Orten des Volksaufstandes in der DDR vom 17.6.1953 im Stadtarchiv Regensburg, u. a. mit den besuchten Städten Eisenach und Erfurt

einer Pressemitteilung im regimetreuen Blatt „Das Volk“ vom 17. Juni ersichtlich wird, und sowjetische Schützenpanzer anrollen zu lassen.

Obleich es bei Widerstandsbekundungen blieb, bei denen die Bürger ihren Unmut über das Regime friedlich kundtaten, konnte weder die UdSSR noch ihre Satellitenregierung in Ost-Berlin dies hinnehmen. Offenkundig ging es dem Regime um eine totale Gleichschaltung der Gesellschaft. Folglich war überhaupt keine Kritik zugelassen.

Das Argument, dass Eisenach ein kleines Städtchen sei und deshalb dort nicht mit einem Aufruhr wie in Berlin zu rechnen sei, kann die vergleichsweise geringe Aktivität von Dissidenten nicht vollends erklären.

In der Bezirksstadt Erfurt scheint es nämlich zwar mehr Zwischenfälle gegeben zu haben, doch verhielten sich die Bürger nach aktuellem Forschungsstand auch dort ruhiger als andersorts in der DDR. Das offenbart sich auch dadurch, dass in der Bildungsstätte Andreasstraße die Friedliche Revolution

1989 die Erinnerung an den Volksaufstand überdeckt.

Während erstere eine eigene Etage einnimmt, wird der Volksaufstand kaum erwähnt. Aus diesem Grund lässt sich annehmen, dass sich die Ereignisse im Bezirk Erfurt 1989 deutlich stärker verdichteten, als dies 36 Jahre davor der Fall gewesen war. Einzelne Aktionen von Dissidenten sind überliefert, doch der Archivkurs hatte während der Besichtigung keinen Zugriff auf das einschlägige digitale Zeitzeugenarchiv.

Die Überlieferung im Stadtarchiv Eisenach wird hier als prototypisches Beispiel für das Verhalten der Bevölkerung im Sommer 1953 herangezogen. Zusammengefasst war die Beteiligung am Volksaufstand in den Grenzbezirken deutlich geringer als in anderen Zentren der DDR, zumal in Berlin. Dies mag an der erheblichen Präsenz des Grenzschutzes an der Grenze zu Hessen und Niedersachsen liegen.

Da die Bezirksstadt Erfurt und die Kreisstadt Eisenach in der Nähe der innerdeut-

schen Grenze waren, war der Zugriff der Staatsgewalt in Form des Grenzschutzes stärker ausgeprägt als weiter im Inneren der DDR. In dem an Erfurt angrenzenden Bezirk Suhl musste nicht einmal der Notstand ausgerufen werden. Zu fragen ist, ob überhaupt ein Zusammenhang zwischen den oben genannten Orten der Erinnerung und dem 17. Juni besteht: den gibt es tatsächlich, wenn er auch erst auf den zweiten Blick augenfällig wird.

Als Konsequenz des Aufstandes waren nämlich mehr Bürgerinnen und Bürger der DDR vom politischen Regime, in welchem sie leben mussten, desillusioniert. Denn wie will ein Staat als legitim auftreten, wenn er bereit ist, auf seine eigenen Bürger zu schießen und sich dafür sogar die Hilfe einer ausländischen Macht, der UdSSR, zu bedienen?

Die ohnehin schon hohe Anzahl an Flüchtigen in den Westen Deutschlands stieg folglich noch einmal. So gingen laut Zahlen von Statistica 1952 insgesamt 182.393 Einwohner der DDR in den Westen, wohingegen die

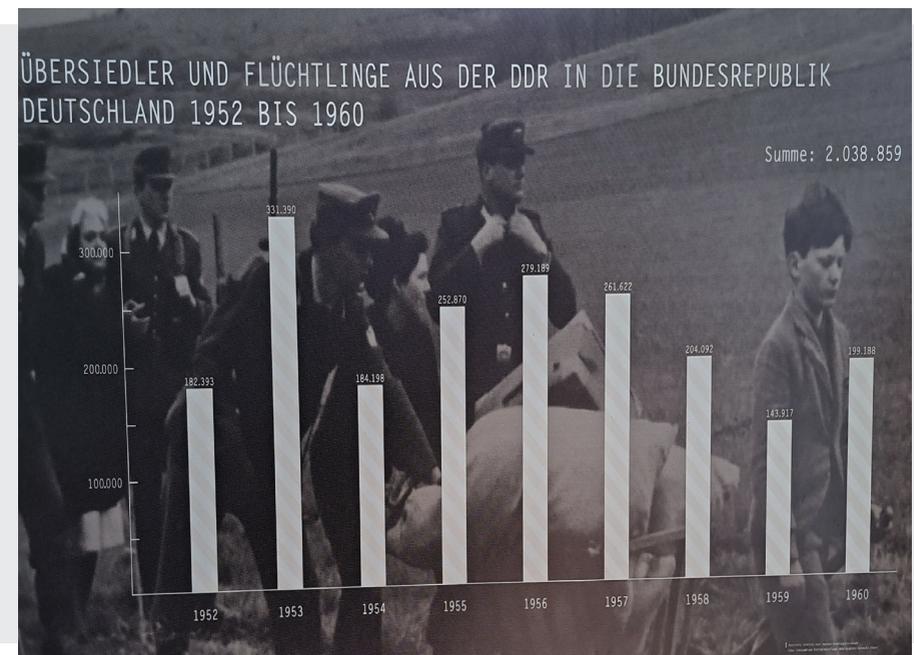
Zahl der „Republikflüchtlinge“ 1953 ganze 331 390 betrug. Eine Tafel im Haus auf der Grenze in der Gedenkstätte „Point Alpha“ nimmt Bezug darauf.

In diesem Haus auf der Grenze in Geisa wird die historische Entwicklung der innerdeutschen Grenze in ihrer weltpolitischen Dimension veranschaulicht. Hierbei werden die politisch motivierten Aufstände im Ostblock chronologisch aufgezeigt. Gerade der Aufstand von 1953 steht hierbei im Fokus und wird mit Bildern auf der Museumstafel beschrieben, denn er stellte den ersten Aufruhr gegen den realen Sozialismus dar.

In Geisa, unmittelbar am Eisernen Vorhang, hatte der Aufstand 1953 kaum Einfluss auf die Umgebung gehabt, sondern die Ereignisse von 1953 werden in der Gedenkstätte weniger aus der lokalen, als vielmehr aus einer weltpolitischen Perspektive vorgestellt und mit dem Einfluss auf die Grenze entsprechen eingebettet.



... und immer wieder die Kombination von Schriftgut und musealen Objekten



Fluchtstatistik in der Ausstellung der Gedenkstätte Point Alpha

Die Wartburg – kultureller Ausklang der Archivkurs-Fahrt

Martina Köglmeier

Den Abschluss der für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer anstrengenden, aber erkenntnisreichen Exkursion des Archivkurses 2023 bildete der Besuch eines der bedeutendsten Erinnerungsortes der deutschen Geschichte - der Wartburg.

Nicht nur berühmte Personen wirkten auf der Wartburg (unter anderem die Heilige Elisabeth von Thüringen oder Martin Luther, der dort als Junker Jörg Zuflucht fand und die Bibel ins Deutsche übersetzte), auch wichtige Ereignisse fanden an diesem Ort statt

(so wurden auf dem Wartburg Fest 1817 erste freiheitliche und nationale Gedanken artikuliert, 200 Jahre später wurde der erste deutsch-deutsche TV-Gottesdienst von der Wartburg aus gefeiert).

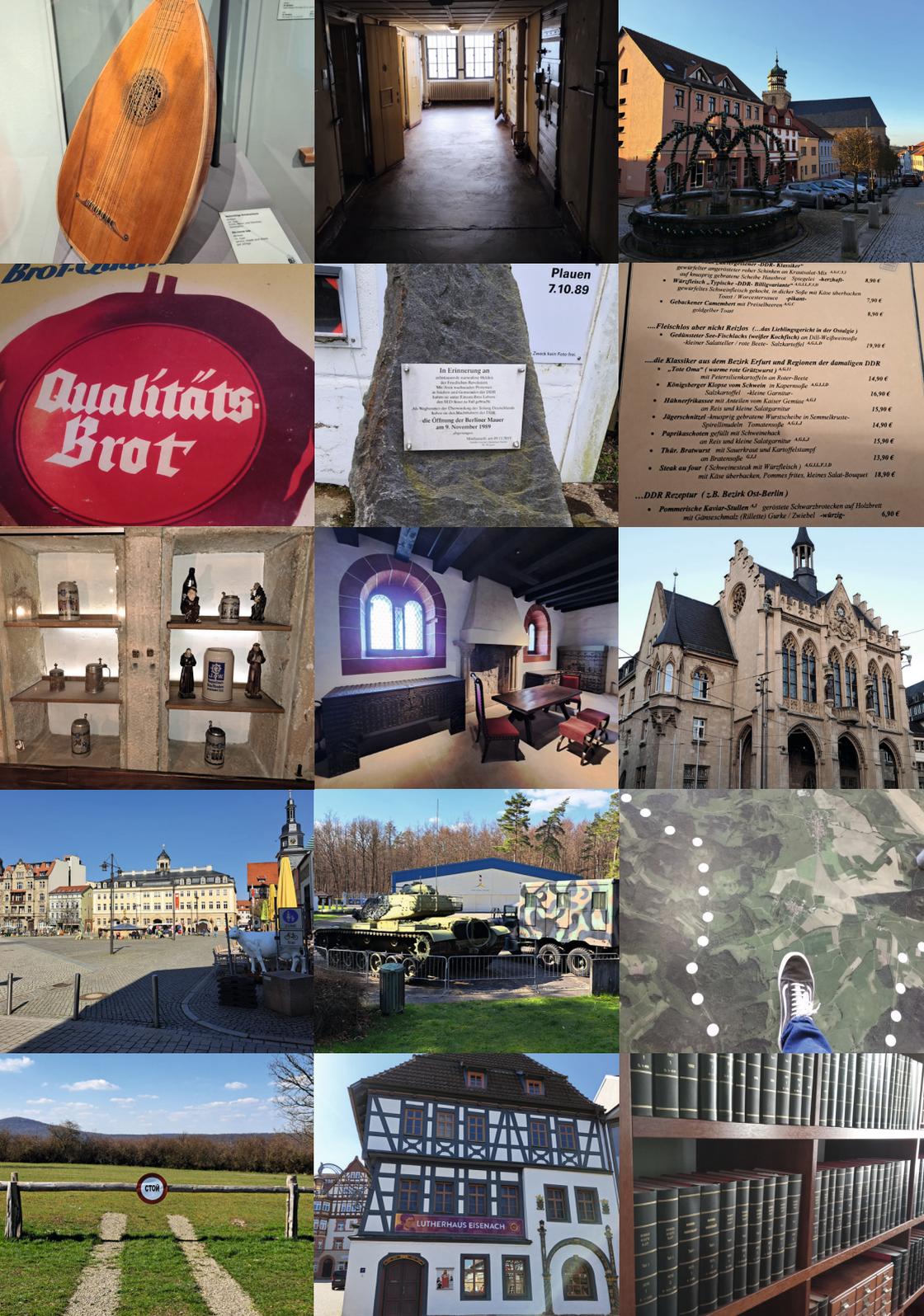
Nach einem sehr gut geführten Rundgang durch die Burg verließ der Archivkurs, berührt von der Fülle der Eindrücke, den geschichtsträchtigen Ort und machte sich auf den Heimweg.



Impressionen aus der Wartburg in Eisenach



Bibliothek und Archiv auf der Wartburg sind Teile eines historischen Ensembles – ein Ort der Wissenschaft und des Tourismus



Bildnachweis

Alle mit Ausnahme der folgenden in der wissenschaftlichen Broschüre abgedruckten Bilder wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Archivkurses gemacht.

Dem Archiv der Stiftung Automobile Welt Eisenach danken wir für bereitgestelltes Bildmaterial aus S. 34 für diese Publikation.

Das Bild aus S. 36 stammt von der Seite des Bundesarchivs. (<https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/ueber-uns/geschichte-des-stasi-unterlagen-archivs/> (zuletzt abgerufen am 03.08.2023))



Gruppenbild des Archivkurses 2023 vor der Wartburg

Impressum

Archivkurs

„Archivalische Zeugnisse für den Volksaufstand in der DDR 1953“

herausgegeben von:
Martina Köglmeier und Roman Smolorz

Redaktion:
© Martina Köglmeier und Roman Smolorz

Layout: Sebastian Pöšnikner

Regensburg 2023